



Einsparungen bei Dialyse treffen schwerkranke Patienten

Einsparungen bei Dialyse treffen schwerkranke Patienten
Ab dem 1. Juli werden nach einem Beschluss der gesetzlichen Krankenkassen und den Kassenärzten die Gelder für Dialysebehandlungen gekürzt. Recherchen von "report München" zeigen, dass die Kürzungen von 100 Millionen Euro vor allem berufstätige und schwerkranke Dialysepatienten treffen, und für die Betroffenen erhebliche Konsequenzen haben. Sie können durch diese Einsparungen oftmals nicht mehr ihrem Beruf nachgehen und müssen Einschränkungen hinnehmen.
Ralf Sasse, Vorstandsvorsitzender des gemeinnützigen Vereins "Kuratorium für Dialyse und Nierentransplantation e.V." befürchtet gravierende Auswirkungen: "Bei den Absenkungen der ersten Stufe ist es nicht auszuschließen, dass wir punktuell Zentren schließen müssen, die aufgrund ihrer betriebswirtschaftlichen Struktur nicht mehr weiterfinanziert werden können. Bei der Absenkung in der zweiten Stufe ist das sicher, dass wir Zentren schließen müssen." Im Vorgriff auf die Neuregelung wird nach Recherchen von report MÜNCHEN schon jetzt in einigen Dialysepraxen Personal eingespart, Behandlungsschichten werden reduziert. So können beispielsweise in einer Praxis in Halle an der Saale keine Nacht-Dialysen mehr angeboten werden. Sie werden wegen der Kürzungen gestrichen. Deshalb müssen Patienten tagsüber ihr Blut reinigen lassen. Einige können deshalb nicht mehr voll ihrem Beruf nachgehen.
Schon jetzt ist absehbar, dass das Kuratorium, das rund 18.000 Kranke betreut, sparen muss, zum Beispiel im Dialysezentrum in Hannover. Der leitende Arzt Prof. Reinhard Brunkhorst warnt: "Es wird zu Personaleinsparungen kommen." Das sei ein deutlicher Qualitätsverlust, so Brunkhorst.
In Deutschland gibt es rund 60.000 Dialysepatienten. Am 19. März 2013 haben sich der Spitzenverband der Gesetzlichen Krankenkassen GKV und die Kassenärztliche Bundesvereinigung KBV gemeinsam darauf geeinigt, die Sachkostenpauschale für die Dialyse zu senken: Im ersten Schritt zum 1. Juli 2013 um 100 Millionen Euro, in einem zweiten Schritt noch einmal 80 Millionen Euro (2015, unter Vorbehalt). In einer Stellungnahme gegenüber report München weisen sie Kritik zurück: "Grundsätzlich geht die Kassenärztliche Bundesvereinigung wie auch der GKV-Spitzenverband davon aus, dass die flächendeckende Versorgung mit Dialysepraxen in Deutschland durch die neue Beschlusslage nicht gefährdet ist. Die zum Zeitpunkt der Beschlussfassung vorliegenden Erkenntnisse haben keinen Anlass dazu gegeben, dass es durch den Beschluss zu einer Beeinträchtigung der Qualität der Dialyseversorgung kommt." Die Spitzenverbände verteidigen die Einsparungen: Es gäbe "überdurchschnittliche Überschüsse" bei den nephrologischen Praxen; in einer offiziellen Mitteilung heißt es, sie hätten "gemeinsam Verantwortung für die Patienten übernommen".

Pressekontakt

Bayerischer Rundfunk - BR

80335 München

br.de
presse@br.de

Firmenkontakt

Bayerischer Rundfunk - BR

80335 München

br.de
presse@br.de

Radiosender und Fernsehseher in Bayern.